Bild: Olaf Krostitz

Nr. 9
Herbst 2020

Rundbrief, MdB Susanne Ferschl

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende I Sprecherin für Gute Arbeit

Soziale Krise abwenden!

Die „Corona"-Krise traf die Menschen unterschiedlich hart: Von Arbeitsplatzverlust über Kurzarbeit bis hin zu offensichtlich gewordenen Lücken im sozialen Sicherungsnetz.

Minijobbende oder Selbstständige ohne Versicherungsschutz gingen beim Kurzarbeitergeld leer aus, für Hartz-Beziehende gab es nichts und für Pflegekräfte, Erzieherinnen und alle anderen plötzlich „systemrelevanten" Lohnabhängigen bisher nur Lob und Applaus - mehr Gehalt soll krisenbedingt aber nicht drin sein, da Steuereinnahmen wegbrechen.

Die Ankündigungen der Regierung, möglichst rasch zur schwarzen Null zurückzukehren, sind vor diesem Hintergrund als Kampfansage an soziale Reformpolitik zu verstehen.

Es geht um die Gretchenfrage: Wer zahlt für die Krise? Zwar steht der Sozialstaat aktuell hoch im Kurs und auch Unternehmen profitieren von der Erstattung der Lohnkosten und Sozialabgaben bei Kurzarbeit aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung, sowie von steuerfinanzierten Liquiditätshilfen. Das hält sie aber nicht davon ab, Corona als Generalausrede dafür zu nutzen, Arbeitsplätze abzubauen und die üblichen neoliberalen Kürzungsvorschläge vorzutragen.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) warnt vor zu viel So-

Bild: Olaf Krostitz

„Jeder Vierte im Handel und jeder Fünfte in der Pflege arbeitet im Niedriglohnbereich.“

zialstaat und setzt sich für die Begrenzung der sogenannten Sozialabgaben ein. Realisiert werden soll dies durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, weiteren Privatisierungen und Leistungseinschränkungen. Gerade die jetzige Krise zeigt aber, wie wichtig ein funktionierender Sozialstaat ist.

Statt sich erneut von der Arbeitgeberlobby einseifen zu lassen, muss die Politik handeln. Im Parlament allein lässt sich der dafür nötige Handlungsdruck kaum erzeugen, dafür braucht es Öffentlichkeit.

Mit Thomas Bernhard (Referatsleiter NGG) bei Westfleisch

Ich habe Mitte September zusammen mit meiner Fraktion Vertreter von Gewerkschaften sowie Wohlfahrts- und Sozialverbänden zu einem Spitzengespräch in den Deutschen Bundestag eingeladen.

Wir waren uns einig: Die Beschäftigten und die ärmsten in dieser Gesellschaft dürfen nicht für diese Krise bezahlen.

Soziales ist auch in Zukunft finanzierbar, dafür muss der gesellschaftliche Reichtum umverteilt werden, Vermögende und große Konzerne, die kaum Steuern bezahlen müssen endlich stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls herangezogen werden. Dafür ist neben politischem Reformwille gesellschaftlicher Druck von außerhalb des Parlaments nötig.

Dem Schweinesystem den Garaus machen!

Die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie sind seit Jahren bekannt, leider war ein Virus notwendig, um die Bundesregierung zum Handeln zu zwingen. Meine Gewerkschaft NGG prangert schon seit Jahren Leiharbeit, Werkverträge, fehlenden Arbeitsschutz und mieseste Arbeitsbedingungen der Beschäftigten an. Jetzt endlich liegt ein Gesetzesentwurf vor.

Meine Fraktion hat bereits vor der Sommerpause einen Antrag zur Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte sowie des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in den Bundestag eingebracht. Beim aktuellen Gesetzesentwurf der Bundesregierung, fordern wir erneut auf, die Schlupflöcher zu stopfen.

Um mir ein persönliches Bild zu machen, besuchte ich die Westfleisch GmbH in Niedersachsen.

„Es geht um die Gretchenfrage: Wer zahlt für die Krise?“

Über 4 Millionen Vollzeitbeschäftigte mit Niedriglohn

Neben einer Werksbesichtigung habe ich eingehend mit den Betriebsräten diskutiert. Diese unterstützen ausdrücklich das Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen. Dies würde zugleich die Mitbestimmung stärken, weil der Betriebsrat dann für alle Beschäftigten zuständig wäre.

Zusätzlich habe ich ein Videofachgespräch mit NGG und dem DGB Projekt Faire Mobilität zu diesem Thema organisiert und gemeinsam über die Situation diskutiert. Besonders schockierend war der Einblick in die Lebensbedingungen der Beschäftigten.

Es wird Zeit, die Dinge umzusetzen, die DIE LINKE und die Gewerkschaften seit Jahren fordern: Werkverträge und Leiharbeit verbieten, Arbeitsschutzkontrollen massiv ausweiten und die Beschäftigten vor Ausbeutung schützen!

Deutschland hatte schon vor Corona den größten Niedriglohnsektor in Westeuropa. Durch Covid-19 sind am stärksten die unteren Verdienstgruppen vom Rückgang der Arbeitszeit und somit von Gehaltsverlusten betroffen - der Nominallohn sank um bis zu 8,9% im Vergleich zum Vorjahr.

Immer mehr Menschen bangen um ihre Existenz und leben am Existenzminimum.
Jedem ist in den letzten Monaten klar geworden, wie wichtig Krankenschwestern/Pfleger*innen und Verkäufer*innen sind.

Meine Abfrage bei der Bundesregierung hat gezeigt, dass viele der gefeierten „Corona-Helden“ zu den schlecht bezahltesten Arbeitnehmer*innen gehören.

Jeder Vierte im Handel und jede Fünfte in der Pflege arbeitet im Niedriglohnbereich. Hier wird die Dienstleistungsgesellschaft zur Dienstbotengesellschaft.

Bundesweit bekommen 4,06 Millionen Beschäftigte nur einen Niedriglohn und damit in Vollzeit weniger als 2.267 Euro brutto im Monat. Wie wichtig ein Mindestlohn von mindestens 12 Euro ist, zeigt sich besonders in der Gastronomie. Hier werden zwei Drittel der Köche und Kellner/-innen mit dem Niedriglohn abgespeist.

Hauptbetroffene sind vor allem Frauen. Jede vierte Frau (25,8%) bekommt nur einen Niedriglohn, während es bei den Männern 15,5 Prozent sind.

Notwendig ist eine Stärkung der Tarifbindung und die Anhebung des Mindestlohns. Nur so trocknen wir den Niedriglohnsektor in Deutschland aus und sorgen dafür, dass Menschen gut von ihrer Arbeit leben können.

Bild: Olaf Krostitz

Meine Reden im Bundestag

17. September
Arbeit(en) im Wandel

2. Oktober
Kein Mut und Wille zur sozialen Gerechtigkeit

Bürgersprechstunde

Auch in Zeiten von Corona sind meine Büros und auch ich bei Fragen weiterhin für Sie erreichbar.
Die Anmeldung erfolgt über mein Wahlkreisbüro: susanne.ferschl.wk@bundestag.de

Video-Tipp

Ihr habt meine Veranstaltung "Ende des Schweinesystems in Sicht? Werkverträge und Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie„ verpasst? Kein Problem! Den Mitschnitt findet ihr jetzt auch auf YouTube: https://bit.ly/2ENHolc

Presseecho

Passauer Neue Presse

Kleine Anfrage von Susanne Ferschl in der Passauer Neuen Presse:

Jeder Fünfte Vollzeitbeschäftigte erhält Niedriglohn

PNP, 2. September 2020

neues deutschland SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Statement von Susanne Ferschl im Neuen Deutschland

Brücke über ein tiefes Tal

Neues Deutschland, 26. August 2020

Sozialismus

Beitrag von Susanne Ferschl in der Sozialismus

„Euch die Uhren, uns die Zeit.“ Einblicke in die parlamentarische Arbeitszeitdebatte

Sozialismus, 7/8 2020

Statement von Susanne Ferschl bei ProSieben:

Umfrage: Mehrheit für 4-Tage-Woche

ProSieben, 19. August 2020

BR

Statement von Susanne Ferschl bei BR24

Corona-Krise: VdK fordert drastische Sozialreformen

BR24, 12. August 2020

Augsburger Allgemeine

Kleine Anfrage von Susanne Ferschl in der Augsburger Allgemeinen:

Corona-Helden zählen zu den am schlechtesten bezahlten Beschäftigten

Augsburger Allgemeine, 2. September 2020

Bundestagsbüro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

susanne.ferschl@bundestag.de
Tel.: (030) 227-74247

Wahlkreisbüro Kaufbeuren
Johannes-Haag-Str. 26
87600 Kaufbeuren

susanne.ferschl.wk@bundestag.de
Tel.: (08341) 9618100

Bürgerbüro Augsburg
Mauerberg 31
86152 Augsburg

www.susanne-ferschl.de
Tel.: (0162) 3044373

www.susanne-ferschl.de